



# 308

iz3w ◀

Lesen und Tee trinken – Literatur in der Türkei  
 Außerdem: ▶ PKK ohne Vision ▶ Fotografie aus Afrika  
 ▶ Evangelikale mit Einfluss ▶ Kolonialismus und NS ▶  
 Gewalt in Südafrika ...

52 Seiten, € 5,30 + Porto

iz3w · PF 5328 · 79020 Freiburg · Tel. 0761-74003 · www.iz3w.org

iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

# prager frühling

\* MAGAZIN FÜR FREIHEIT UND SOZIALISMUS



**prager frühling** ist eine linke Dritteljahreszeitschrift im Magazinstil, **Heft 2 erscheint im Oktober 2008**. **prager frühling** veröffentlicht politische Themen, Diskussionen und Trends kulturell ansprechend, unter Verzicht auf das übliche »Parteichinesisch«, witzig-spritzig sowie dezidiert antiborniert. Alltagskulturelle Phänomene sind ebenso Thema wie die »hochpolitische« linke Debatte. Das Magazin will eine Schnittstelle von linkem Diskurs zu Alltagsverstand und Alltagskultur der LeserInnen sein.

**Redaktion:** Katja Kipping, Lena Kreck, Thomas Lohmeier, Kolja Möller, Norbert Schepers, Jörg Schindler.

**prager frühling** erscheint im VSA: Verlag mit 60 Seiten je Ausgabe. Einzelheft: 5,00 €; Jahresabonnement: 15,00 €; Förderabonnement: 30,00 € oder mehr.

Abos und Kontakt:  
[www.prager-fruehling-magazin.de/](http://www.prager-fruehling-magazin.de/) [www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

Stephan Lessenich

## Alles relativ. Warum es in Deutschland keine Armut geben darf

Gibt es in Deutschland Armut? Wer Zeuge der Debatten im Gefolge der Veröffentlichung des Dritten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung Ende Juni geworden ist, könnte zu der Ansicht gekommen sein, dass Armut hierzulande allenfalls als statistisches Artefakt vorkommt. Nachdem besagter Bericht eine Armutsrate von 14 Prozent ermittelt hatte und kurz danach das Statistische Bundesamt mit den Ergebnissen einer EU-weiten Studie aufwartete, die für Deutschland eine praktisch ebenso hohe Armutsrisikoquote von 13 Prozent auswies, rüstete die Wirtschaftsredaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* in der ersten Julihälfte zu einem regelrechten Feldzug der Gegenaufklärung. Armut in Deutschland? Für die FAZ ein schlechter Witz: Vierzehn Tage lang wütete auf den Wirtschaftsseiten des laut Impressum amtlichen Publikationsorgans der deutschen Börsenplätze ein geradezu heiliger Zorn auf die Ideologieproduktion der amtlichen und halbamtlichen Statistik, regierten als redaktionelle Stilmittel die Anführungszeichen, wenn von „Studien“ über die „Armut“ die Rede war.<sup>1</sup> Was hatte die Blattmacher (bzw. auf den Wirtschaftsseiten immer öfter auch -macherinnen) und deren Stichwortgeber – allen voran den wie immer unvermeid-

lichen ideellen Gesamtökonom Hans-Werner Sinn – nur so aufgewühlt?

### Ist Deutschland Bulgarien?

Es war die Messung der „relativen Einkommensarmut“ bzw. die Berechnung von „Armutsrisikoquoten“, die den geballten Protest der wirtschaftsliberalen Gemeinde hervorrief. „Relative Armut“: das bezeichnet die in der wissenschaftlichen Sozialstatistik seit langem gängige Praxis, Armutslagen mit Bezug auf den jeweiligen nationalen Lebensstandard – also gemessen an der mittleren Einkommenssituation aller Haushalte eines Landes – zu bestimmen. In der Europäischen Union hat man sich darauf geeinigt, für die offizielle Armutserhebung nicht das (in absoluten Größen zu beziffernde) physische oder soziokulturelle Existenzminimum als Bezugspunkt heranzuziehen, sondern als armutsgefährdet Personen in Haushalten zu betrachten, die über weniger als 60% des Medianwertes<sup>2</sup> aller Einkommen verfügen.<sup>3</sup> Arm bzw.

<sup>2</sup> Der Median ist nicht identisch mit dem arithmetischen Mittelwert; er steht in der Mitte der nach der Größe aufgereihten Einkommen: 50% der Haushalte haben ein Einkommen, das kleiner als der Median ist, 50% haben eines das größer ist.

<sup>3</sup> Genau genommen über ein „bedarfsgewichtetes Nettoäquivalenzeinkommen“ von weniger als 60% des Medianeinkommens. Dieses statistische Konstrukt ermöglicht es, sowohl altersspezifische Bedarfe von Haushaltsmitgliedern als auch Ressourceneinsparungen von Mehrpersonenhaushalten gegenüber einem Einpersonenhaushalt zu berücksichtigen und damit das Wohlstandsniveau von Personen

<sup>1</sup> Die nachfolgenden Zitate entstammen, soweit nicht anders ausgewiesen, folgenden FAZ-Artikeln und -Kommentaren: „Mit dem Anstrich der Wissenschaftlichkeit“ (2.7.08), „Arme Statistik“, „In Deutschland weniger Menschen armutsgefährdet“, „Reichtum ist uns suspekt“ (alle 9.7.08), „Arme Kinder“ (11.7.08).

von Armut bedroht sind dann diejenigen, die sich in der Einkommensverteilungshierarchie einer Gesellschaft *relativ* zu den mittleren Soziallagen besonders schlecht stellen. Je nach Datenbasis errechnet sich anhand dieses Maßstabs für Deutschland in den letzten Jahren eine Armutsgefährdungsquote von 13 bis zu 18 Prozent der Bevölkerung.<sup>4</sup> Jede achte, vielleicht sogar jede sechste Person in Deutschland arm? Es kann nicht sein, was nicht sein darf, dachte man sich darob wohl in den Redaktionsstuben der FAZ und startete einen konzertierten Frontalangriff auf Statistiken, die man ansonsten in aller Regel nicht anzweifelt.<sup>5</sup> Nicht nur mit Bezug auf den Armuts- und Reichtums-Bericht selbst (man darf wohl sagen: eine der wenigen guten Ideen von Rot-Grün, die der amtierenden Bundesregierung schon nicht mehr ganz geheimer ist) kam Empörung

unabhängig von der Größe und Zusammensetzung ihres Haushalts zu beschreiben. Zu seiner Berechnung „wird das Haushaltsnettoeinkommen – also die Summe aus Erwerbs-, Kapital-, Transfer- und sonstigen Einkommen – durch Bedarfsgewichte geteilt. Die Gewichte betragen 1 für den Haushaltsvorstand, 0,5 für jede weitere Person im Alter von mindestens 14 Jahren im Haushalt und 0,3 für jede Person, die jünger als 14 Jahre ist (neue OECD-Äquivalenzskala)“ (vgl. Lebenslagen 2008: 17. 4 Vgl. Lebenslagen (2008: 20-27). Als Datengrundlagen werden hier wahlweise herangezogen: die letzte Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) aus dem Jahr 2003 (mit mehr als 50.000 erfassten Haushalten); der Mikrozensus des Jahres 2005 (mit einer Stichprobengröße von über 320.000 Haushalten); die europaweit durchgeführte Gemeinschaftsstatistik über Einkommens- und Lebensbedingungen „Leben in Europa“ (EU-SILC) aus dem Jahre 2006; sowie das Sozio-Ökonomische Panel (SOEP), eine seit 1984 jährlich wiederholte Befragung von (zuletzt 11500) identischen Haushalten (hier aus dem Jahre 2006).

5 Die EVS-Daten zu den unteren Einkommensgruppen z.B. werden regelmäßig herangezogen, wenn es um das „Lohnabstandsgebot“ öffentlicher Fürsorgeleistungen geht.

auf. Insbesondere auch die praktisch zeitgleich veröffentlichten Daten der aktuellen, EU-offiziellen „Statistics on Income and Living Conditions“<sup>6</sup> wurden massiv skandalisiert, weisen diese doch für Deutschland ein ähnliches Armutsrisiko aus wie beispielsweise für Bulgarien. Dass beide Länder im EU-Vergleich leicht unterdurchschnittliche Armutsquoten aufweisen, konnte die Redaktionsgemüter angesichts der demütigenden Gleichstellung des Exportweltmeisters mit einem der so genannten Armenhäuser Europas nicht beruhigen:

„In der zuweilen hysterisch geführten Armutsdebatte wird mit fragwürdigen Studien und Statistiken gearbeitet. ... Was soll man nun von der jüngsten Studie über die Europäische Union halten, die dasselbe Armutsrisiko von 19 Prozent für Rumänien wie für Großbritannien behauptet? ... Warum wandern dann so viele Rumänen ... nach England ... aus, wenn sie dort ebenso viel ... Armut erwartet?“

Ja, genau, stellen wir uns doch mal ganz dumm: Warum wohl?<sup>7</sup> Vielleicht weil Armut relativ ist? Vielleicht weil in Großbritannien die Einkommen in absoluten Größen ungleich höher sind – und es den Rumänen dort absolut besser geht als zuhause, auch wenn sie für britische Verhältnisse, im Kontext der Einkommenshierarchie ihrer neuen Heimat, nach wie vor als arm bezeichnet werden müssen? Fragen wir doch mal weiter: Warum wohl fahren britische Niedrigeinkommensbezieher zum Urlaub gerne an die rumänische Schwarzmeerküste, obwohl

6 Der FAZ-Kommentar dazu: „Armutberichte werden derzeit mit geradezu inflationärer Häufigkeit veröffentlicht.“ Für einen Überblick über die Befunde der EU-SILC 2006 vgl. [http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2008/07/PD08\\_245\\_634,templateId=renderPrint.psml](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2008/07/PD08_245_634,templateId=renderPrint.psml).

7 Eine nahe liegende Antwort wäre natürlich auch: Weil sie gemäß Regierungsbeschluss in Deutschland, anders als in fast allen anderen Ländern der EU, bis 2011 nicht auf den Arbeitsmarkt dürfen.

die Menschen dort so arm sind? Warum wohl diesen wohlhabende Europäer derzeit ab und an mal kurz zum Shoppen nach New York, obwohl das pro-Kopf-Einkommen in den USA so hoch ist? Rätsel über Rätsel für eine Wirtschaftsredaktion, die nicht nur mehr Netto vom Brutto, sondern neuerdings eben auch relativ mehr Denken in absoluten Zahlen fordert.<sup>8</sup>

„Die Schwelle, unterhalb deren die ‚Armutgefährdung‘ beginnt, betrug in Deutschland 9370 Euro [Jahresnettoeinkommen 2005, S.L.]. Im reichen Luxemburg hingegen gilt als ‚armutsgefährdet‘, wer weniger als 17808 Euro zur Verfügung hat, in Tschechien liegt die Schwelle bei 2878 Euro und in Lettland bei 1520 Euro.“

Ja so was – das kann doch wohl nicht wahr sein! Welcher MBA-Student der European Business School in Oestrich-Winkel soll denn bitte das verstehen!? Da windet sich doch der gesunde Menschenverstand, angesichts derartiger Absurditäten aus dem „Elfenbeinturm der Statistiker“. Und dem alerten FAZ-Redakteur schwant: Diesen subversiven Zahlenverdrehern vom Amt geht es doch gar nicht um Armut, sondern um die Verteilungsfrage!

„Es geht nicht um die absolute Höhe der Einkommen, sondern um die Verteilung. So betrachtet, hätte die DDR, in der fast alle gleich arm waren, mit einer niedrigen Armenquote glänzen können.“ So betrachtet: Stimmt eigentlich! Aber die guten alten DDR-Zeiten sind halt unwiderruflich vorbei, und heute verzerren die mittlerweile vom Westen alimentierten ehemaligen DDR-Bürger zu allem Überfluss auch noch unsere (relative) Armutsstatistik – sagt (endlich, wurde auch Zeit!) „der Präsident des Münchner Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn“:

„Unsere deutsche Quote ist so hoch, weil wir die neuen Bundesländer am ge-

samtdeutschen Median messen“, erklärt Sinn. ‚Würde man für Ostdeutschland den ostdeutschen Median nehmen, wäre die Quote viel kleiner.“

Schon wieder sind wir also schlauer: Die Wiedervereinigung macht uns nicht nur absolut, sondern auch relativ arm. Zur Ehrenrettung der Ostdeutschen sei jedoch gesagt: Eigentlich sind ja nicht sie schuld, sondern das mangelnde Stehvermögen deutscher Familien.

„Die Bedarfsgewichtung unterstellt, dass ein Paar, das gerade an der Armutsgrenze lebt, falls es sich trennt, ein Drittel mehr Einkommen braucht, um immer noch über die statistische Armutsgrenze zu kommen“, erklärt Sinn. In der Zunahme der Single-Haushalte sieht er den Hauptgrund für den Anstieg der statistisch gemessenen Armut bis 2005. „Die deutschen Familien lösen sich auf, und die Statistiker zählen mehr armutsgefährdete Personen.“

In der Tat, wirklich weltfremd, die deutschen Statistiker: Meinen doch tatsächlich, ein getrenntes Paar brauche plötzlich zwei Wohnungen, müsse zweimal Strom, Gas und Wasser zahlen usw. usf. Und die Wirtschaftsredaktion sekundiert dem Ökonomen – nicht nur sich selbst, sondern auch ihre Kinder rechnen Trennungseltern (bzw. die Statistiker an ihrer Stelle) arm: „Blieben mehr Paare zusammen, gäbe es deutlich weniger arme Kinder.“

Wohin auch immer man also schaut – überall nur statistische Artefakte. Man möchte den Deutschen zurufen: Nehmt doch mal Rücksicht auf die Statistik! Oder eben zumindest den Statistikern ins Gewissen reden, doch bitteschön Rücksicht auf Deutschland zu nehmen. Letztlich jedenfalls läuft die gesamte FAZ-Erzählung darauf hinaus, dass nur absolute – im Zweifelsfall physische – Armut „richtige“ Armut ist, alles andere ist „Steuern der Stimmung“. 127 Euro netto (gleich 60% des Medianeinkommens) im Monat in Litauen: ja, das ist Armut. Hingegen weiß Ökonom Sinn: „Kaum einer, der sich legal in Deutschland auf-

8 Nur am Rande: So viel Kritik an der Relativierung hätte man sich von der FAZ auch dereinst im „Historikerstreit“ gewünscht.

hält, ist wirklich arm.“ Womit sich das Problem eigentlich von selbst gelöst hätte. Im Übrigen gibt es der FAZ zufolge in Deutschland im Grunde genommen nicht nur keine Armen mehr – wir haben eigentlich nicht einmal mehr Reiche. Thomas Druyen, „Soziologe und Vermögensforscher“, meistert im FAZ-Interview souverän die diffizile Aufgabe, den Reichtum (Achtung, Statistik!) wegzudefinieren. Um die deutsche „Vermögenskultur“ zu erforschen, so der Experte, brauche man „ein Koordinatensystem“, das der gesellschaftlichen Wahrnehmung von „Reichtum“ Rechnung trage – wovon die dem Volk entrückte Bundesregierung natürlich keine Ahnung habe. Hören wir kurz in das Gespräch hinein:

FAZ: Herr Druyen, die Bundesregierung sagt, ein Single mit einem Monatsnettoeinkommen von 3418 Euro sei reich. Sehen Sie das auch so?

Druyen: Die Grenze ist an Absurdität nicht zu überbieten. Wo bleiben dann Millionäre oder Milliardäre? Ich sage: Wer 3 Millionen Euro auf dem Konto hat, ist reich.

Nun – über die nicht zu überbietende Absurdität von Grenzen müsste man im Lichte des zuletzt Gesagten wohl noch einmal ausführlicher diskutieren.<sup>9</sup> Aber immerhin: Aus professionspolitischer Sicht ist es natürlich erfreulich, dass die *Frankfurter Allgemeine* schon einen Soziologen von der „Sigmund-Freud-Privatuniversität Wien“ (der somit vermutlich verständig, wenn auch natürlich nicht

„reich“ sein dürfte<sup>10</sup>) ausgraben musste, um ihr den Befund des tendenziellen Falles der Profiteursrate empirisch zu fundieren. Es besteht also noch Hoffnung für die deutsche Soziologie. Aber auch für die Deutschen?

### Armut als Chance

Allemaal, sagt die FAZ. Denn genau gesehen geht es uns ja immer besser. Ein Teil der veröffentlichten Empörung bezog sich entsprechend auf die „veralteten Daten“, mit denen die amtlichen Statistiker hantierten.

„Die [europaweit erhobenen, S.L.] SILC-Daten beziehen sich allerdings – wie schon der umstrittene deutsche Armutsbericht – auf das Jahr 2005, also vor Beginn des wirtschaftlichen Aufschwungs, der die Arbeitslosigkeit stark verringert hat – in Deutschland um gut ein Drittel.“

Hat sich also auch die Armut hierzulande entsprechend reduziert, da doch laut der von der FAZ inkriminierten europäischen Vergleichsstudie 43% der deutschen Arbeitslosen des Jahres 2005 als armutsgefährdet galten? Könnte die deutsche Armutsstatistik durch raschere Datenerhebung, -auswertung und -publikation – oder vielleicht auch durch eine in ihren Erhebungszeiträumen gesetzlich an den Konjunkturzyklus angepasste So-

10 Oder vielleicht doch. Professor Druyen, der sich in der Selbstbeschreibung auch als „Milliardärforscher“ bezeichnet und sich mit 40 der weltweit 946 Milliardäre bereits hat verabreden können, „weil er aus seiner Zeit als Direktor der Privatbank des Fürstenhauses von Liechtenstein (von 2003 bis Anfang 2007) entsprechende Kontakte besaß“, ist nämlich „seit 1996 mit Jenny Jürgens verheiratet, der Tochter von Schallplatten-Millionär Udo Jürgens“. Gleichwohl: „Für den Milliardärs-Forscher, der auf 260 Quadratmetern im Osten Düsseldorfs wohnt, hat Reichtum und die drohende Verbreiterung der Kluft zwischen Arm und Reich gesellschaftliche Sprengkraft.“ (<http://www.rp-online.de/public/article/duesseldorf-stadt/447700/Duesseldorfer-erforscht-die-Milliardare.html>).

9 So ließe sich durchaus begründet darüber streiten, ob ein Einkommen in Höhe von 200% des Median (so die Definition im Bericht der Bundesregierung) bereits Ausdruck von „Reichtum“ ist. Empirischer Sozialforschung zufolge (vgl. Lebenslagen in Deutschland, S. 27-31) hält jedenfalls die Hälfte der Menschen hierzulande eine Person mit einem Nettoeinkommen von 5000 Euro (was also in etwa dem Dreifachen des statistischen Mittels entspräche) bzw. mit einem Vermögen von 500.000 Euro für „reich“ – vermutlich dürfte es sich dabei eher um die Ansicht der ärmeren Hälfte der Bevölkerung handeln.

zialberichterstattung – in einem besseren Licht erscheinen? Zweifel scheinen, aus Sicht der Statistik, angebracht. Denn angesichts der Struktur des Beschäftigungszuwachses – zwischen 2000 und 2007 ging die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um fast eine Million Personen zurück, während die Zahl der Selbständigen um eine halbe Million und die der geringfügig Beschäftigten (ohne geringfügig Beschäftigte in einem Nebenjob) um über 700.000 Personen anstieg<sup>11</sup> – spricht alles dafür, dass trotz zunehmender Erwerbsquote die Einkommensungleichheit – und damit auch die relative Armut – in jüngster Vergangenheit weiter gestiegen sein dürfte. Bereits zwischen 2002 und 2005 war der Anteil der unteren drei Einkommensdezile (sprich der untersten 30%) am realen Bruttoeinkommen aus unselbständiger Tätigkeit von 6% auf 5% gesunken, jener der oberen zwei Dezile (also der 20% Bestverdienenden) im Gegenzug von 44,8% auf 46,2% gestiegen.<sup>12</sup> Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) haben seit Beginn des laufenden Jahrzehnts die mittleren Einkommensschichten einen Schwund von etwa fünf Millionen Menschen zu verzeichnen gehabt; bei den Abgängen aus der Mittelschicht überwogen dabei in den letzten Jahren (2001 bis 2005) eindeutig die Abstiege in die armutsgefährdeten Lagen der „Unterschicht“ (14,4%) gegenüber den Aufstiegen in die privilegierten Ränge der „Oberschicht“ (11,1%).<sup>13</sup>

11 Die Zahl der Nebenjobber stieg zwischen 2003 und 2007 um 900.000 Personen an (Lebenslagen 2008: 73-75).

12 Der Gini-Koeffizient als statistisches Maß der Ungleichverteilung erhöhte sich innerhalb dieser drei Jahre von 0,433 auf 0,453 (vgl. Lebenslagen 2008: 11-14).

13 Es handelt sich im Fall dieser Studie um im Rahmen des SOEP retrospektiv erfragte, bedarfsgewichtete Nettohaushaltseinkommen. 25,4% der befragten Personen gehören diesen Daten zufolge zu armen oder armutsgefährdeten Haushalten (mit einem Einkommen von

Für Hans-Werner Sinn ist diese Polarisierung der Einkommensverhältnisse natürlich unvermeidlich: „Die internationale Niedriglohnkonkurrenz erzwingt auch in Deutschland eine höhere Lohnspreizung, das kann man nur um den Preis einer Massenarbeitslosigkeit verhindern“ – die aber eben (glaubt man dieses eine Mal dann doch den Statistikern) zu erhöhten Armutsrisiken führen würde. Halten wir also fest und fassen zusammen: Die Ungleichheit in Deutschland steigt (notwendig), was aber nicht so schlimm ist, weil hierzulande Armut – jenseits der statistischen Artefakte – im Grunde genommen verschwunden ist und – als absolute – allenfalls noch unter illegalen Rumänen herrscht (die ja wiederum, so könnte man ergänzen, nichts Besseres gewohnt sind).

Und doch: Irgendwie erstaunt die vierzehntägige Penetranz und Vehemenz, mit der diese frohe Botschaft von der „Zeitung für Deutschland“ verbreitet wurde, dann doch. Warum all der argumentative Aufwand? Warum die vielen Stimmen „aus Wirtschaft und Wissenschaft“, die uns die Welt erklären und Deutschland zur armutslagenfreien Zone erklären? Hatte nicht einige wenige Tage zuvor, kurz vor dem 60. Jahrestag der Sozialen Marktwirtschaft, die Bertelsmann-Stiftung (ihres Zeichens die „guten“ Statistiker) von einer repräsentativen (na also!) Umfrage berichtet, der zufolge die bundesdeutsche Wirtschaftsordnung „weiter an Vertrauen und Akzeptanz in der Bevölkerung verliert“?<sup>14</sup> Hatten nicht eben „trotz anhaltenden Aufschwungs“ fast drei Viertel der Befragten die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland als „nicht

unter 70% des Median), 20,5% zu den einkommensstarken Schichten (über 150% des Median) (vgl. Grabka/Frick 2008: 101-108).

14 Im Folgenden Zitate aus der Pressemeldung der Stiftung vom 16.6.2008: „Umfrage: 73 Prozent der Bürger halten die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland für ungerecht“; [http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/nachrichten\\_87609.htm](http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/nachrichten_87609.htm).

gerecht“ qualifiziert, nur jeder Achte hingegen (vermutlich als Population nicht identisch mit den von der amtlichen Statistik konstruierten „Armen“) die Verteilung von Einkommen und Vermögen als „im Großen und Ganzen gerecht“ bezeichnet?

„Damit hat sich die Gerechtigkeitsschere allein in den vergangenen drei Jahren dramatisch geöffnet: Gemessen an der Differenz zwischen den Urteilen ‚gerecht‘ und ‚ungerecht‘ hat sich das von der Bevölkerung empfundene Gerechtigkeitsdefizit seit 2005 – trotz Konjunkturaufschwung – von 25 Prozentpunkten auf 60 Prozentpunkte mehr als verdoppelt. Noch im Jahr 1995 lagen diese Werte mit 43 Prozent (‚nicht gerecht‘) und 39 Prozent (‚gerecht‘) nahezu gleichauf. Auch das Wirtschaftsmodell Soziale Marktwirtschaft wird kritisch bewertet. Nur noch 31 Prozent der Menschen in Deutschland haben eine gute Meinung, während 38 Prozent der Befragten keine gute Meinung mehr von der Sozialen Marktwirtschaft haben. Teilen in den ostdeutschen Bundesländern bereits mehr als die Hälfte der Menschen dieses negative Urteil, fällen erstmals auch in den westdeutschen Ländern mit 35 Prozent gegenüber 34 Prozent mehr Bürger ein negatives Urteil über die Soziale Marktwirtschaft.“

Wie es scheint, hatte die Soziale Marktwirtschaft also zu ihrem Jubiläum einen – sagen wir es mal so – *relativ* schlechten Leumund. Da lag es nahe, dass man sich armuts- und ungleichheitspolitisch nicht – und zumal nicht von „Brüssel“ – auf eine Stufe mit Bulgarien stellen lassen wollte, das doch als Neumitglied der Europäischen Union gerade noch an der Übernahme des sozialmarktwirtschaftlichen *acquis communautaire* laboriert. Da wird auch verständlich, dass ein unbestechlicher, über jeglichen Ideologieverdacht erhabener Ökonom und Politikberater wie Hans-Werner Sinn „eine politisch gefärbte Armutsforschung“ anklagen und die FDP von der Bundesregierung fordern muss, in Zukunft von

„politisierten Armutsberichten“ abzusehen. Da ist nicht weiter überraschend, dass der durch den Armuts- und Reichtumsbericht dokumentierte, spürbare Rückgang des bundesdeutschen Medianeinkommens (in einer Größenordnung von beinahe einem Zehntel innerhalb von nur drei Jahren)<sup>15</sup> in der öffentlichen Debatte kaum Widerhall fand. Und da ist es kein Zufall, dass die sozialmarktwirtschaftliche Lobby anlässlich der sechzigsten Wiederkehr der Wirtschafts- und Währungsreform – ebenfalls in der FAZ – ganzseitige Sueden zur „Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft“ lanciert, die sich (in ebenso unerträglicher wie dann doch auch wieder erfreulicher Weise) darin erschöpfen, die altbekannten neoliberalen Glaubensbekenntnisse, von der „ausgefeierten Umverteilungspolitik“ bis zum „Wohlstand für alle durch Wettbewerb“, besinnungslos zu repetieren.<sup>16</sup>

Wo die Marktschreier der Marktwirtschaft – wie immer – „die Entlassung des Bürgers aus der sozialen Unmündigkeit“, die Freiheit des Menschen zur Übernahme von „Verantwortung vor Gott und für sich selbst“, die Offenheit der Gesellschaft für „das tägliche Plebiszit“ des Marktes fordern, da bleibt allerdings unklar, warum die amtliche Statistik der Marktgesellschaft nicht auch das individuelle Risiko benennen und berechnen darf, von den untrüglichen Marktkräften in eine relative Armutsposition verwiesen zu werden. „Dynamische Marktwirtschaft“

15 Der Median der realen Bruttojahreseinkommen aus unselbständiger Arbeit sank zwischen 2002 und 2005 von 21.857 auf 20.089 Euro, was insbesondere mit dem in diesem Zeitraum von 35,5 auf 36,4% angewachsenen Anteil an Niedrigeinkommensbeziehern (Niedriglohngrenze: zwei Drittel des Medians) in Verbindung steht (vgl. Lebenslagen 2008: 13).

16 Leider ist das entsprechende Pamphlet, das unter tätiger Mitwirkung der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität entstanden, als „Jenaer Aufruf“ bekannt geworden (FAZ vom 21.6.08 sowie [http://www.soziale-marktwirtschaft.eu/Der\\_Jenaer\\_Aufruf.5245.0.html](http://www.soziale-marktwirtschaft.eu/Der_Jenaer_Aufruf.5245.0.html)).

ten“, weiß der Wirtschaftsleitartikler der FAZ, „produzieren zwar mehr Ungleichheit, aber auch mehr Chancen.“ So ist es: Nicht zuletzt mehr Chancen auf Armut eben. Und die Deutschen, ansonsten sozialpolitisch derzeit gerne unter Passivitätsverdacht gestellt, nutzen sie nachweislich. Wahre Liberale müsste das doch eigentlich freuen.

## Literatur

- Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*, 2008; ([http://www.bmas.de/coremedia/generator/26742/property=pdf/dritter\\_\\_armuts\\_\\_und\\_\\_reichtumsbericht.pdf](http://www.bmas.de/coremedia/generator/26742/property=pdf/dritter__armuts__und__reichtumsbericht.pdf)).
- Grabka, Markus M.; Frick, Joachim R. (2008): Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen?, *DIW-Wochenbericht* Nr. 10 vom 5.3.2008; (<http://www.diw.de/documents/publikationen/73/79586/08-10-1.pdf>).

# PHASE 2

ZEITSCHRIFT GEGEN DIE REALITÄT.

SEP  
08

## UNIFIED VIELFALT DIE USA ALS IDEE UND IN DER REALITÄT

SEBASTIAN VOIGT: „A more perfect Union“

Interview mit MITCHELL COHEN

WILLIAM INSCOTT: „Kalkül und Chaos“

ROEWITHA SCHOLZ: „Waste to Wissen“

IVO BOZIC: „Alles nur ein Missverständnis?“

PHILIPP DORFSTAL: „Alles Götter und die Geburt der Moderne“

ERICH SPÄTER: „Vollkommen rehabilitiert“

PHASE 2 ist eine Zeitschrift gegen die Realität. Sie ist eine Plattform für kritische Essays, Interviews und Reportagen. Sie ist eine Stimme für diejenigen, die die Realität nicht akzeptieren wollen. Sie ist eine Stimme für diejenigen, die die Realität verändern wollen.

www.phase2.de